

FORUM

Postulat «Strahlenreduziertes Alpengebiet bei besserer Versorgung»

Nachstehend veröffentlichen wir eine Mitteilung des Vereins für einen gesundheitsverträglichen Mobilfunk, VGM.

Der Verein für einen gesundheitsverträglichen Mobilfunk dankt den Landtagsabgeordneten aller drei Parteien für die Unterstützung des Postulates «Strahlenreduziertes Alpengebiet bei besserer Versorgung».

Das Postulat wurde vom Landtag mit 13 zu 11 Stimmen abgelehnt, leider waren 2 Mitunterzeichner landesabwesend.

Mit der Überweisung des Postulates wäre die Regierung beauftragt gewesen zu überprüfen, ob durch die Versetzung der zwei einzigen Antennen im Alpengebiet eine Reduzierung der Strahlenbelastung bei besserer Mobilfunkversorgung möglich wäre, wie dies eine Studie der Regierung 2005 aufzeigt. Alles nach dem Motto: «So viel wie nötig, so wenig wie möglich», zugunsten der besseren Versorgungssicherheit in unseren Alpen und unserer aller Gesundheit. Ein strahlenreduziertes Alpengebiet bedeutet, eine kleine Oase in einen Rückzugsort für Erholungsbedürftige sowie Elektrosensible zu verwandeln. (Auch das kann als Nischenprodukt und Mehrwert touristisch vermarktet werden).

Laut Umweltschutzgesetz 2008 liegt es in der Kompetenz der Regierung, für bestimmte Gebiete niedrigere Grenzwerte festzulegen. Es ist für uns schwer verständlich, dass die Mehrheit des Landtages sowie unsere Gesundheitsministerin Renate Müs-



ner das Postulat abgelehnt hat. Durch bessere Antennenstandorte Kulm/Hoch-eck wäre nicht nur eine wesentlich bessere Mobilfunkversorgung des ganzen Alpengebiets möglich geworden, sondern auch eine drastische Senkung der Strahlung auf max. 0/2 Vm als Gesundheitsvorsorge.

Die Ausführungen unserer Gesundheitsministerin Renate Müsner, dass die Regierung bereits bestimmte Schritte unternommen habe, nimmt der VGM mit hohem Interesse und Aufmerksamkeit zur Kenntnis. Wir begrüssen die Standortprüfung der Antennen, denn wir sind überzeugt, dass, wie die Regierungsstudie dies aufgezeigt hat, eine Reduktion der Strahlung im Alpengebiet ohne Qualitätseinbusse möglich und sinnvoll ist. So erwarten wir, dass die Regierung uns nachweisen wird, dass mit der geplanten Verlegung der Antennen auch die in ihrer Studie postulierte Absenkung der Strahlenbelastung vor allem für das bewohnte Alpengebiet gewährleistet ist.

Im Interesse des Wohls der Bevölkerung beobachten wir die Entscheidung der Regierung weiterhin und stehen für den Gesundheitsaspekt ein, denn die Gesundheit ist das höchste nicht käufliche Gut.

Besonnener Weitblick mit Nachhaltigkeit

Nachstehend veröffentlichen wir eine Mitteilung des Vorstands des Liechtensteiner Hotel- und Gastronomieverbands.

An der Jahresversammlung der Standortmarketing Vaduz Anstalt präsentierten am vergangenen Mittwoch die beiden Bewerber um eine Casino-Konzession ihre Projekte. Die hinsichtlich Volumen sehr unterschiedlich ausgerichteten Hotel-Annekturbetriebe haben für viel Diskussionsstoff gesorgt, obwohl es ja in rechtlicher Hinsicht derzeit ausschliesslich um die Vergabe der Casino-Lizenz geht.

Dem aussenstehenden Betrachter stellt sich derzeit die Frage, nach welchen Kriterien die Regierung gemäss neuem Geldspielgesetz die erste Casino-Konzession erteilen wird. Klar muss sein, dass es hier nicht um die Gegenüberstellung zweier Casino-Hotel-Projekte geht, sondern um die Entscheidung zugunsten des nach objektiven Beurteilungsgrundlagen besseren, professionelleren Casino-Betreibers.

Grundsätzlich ist zu betonen, dass dem Standort Liechtenstein aktuell jede neue Attraktion nur zum Vorteil gereichen kann. Unser Land ist dringend auf neue, möglichst hochwertige Angebote angewiesen, um regional und überregional wieder stärker in Erscheinung zu treten. Die vergangenen Jahre waren ernüchternd, angefangen vom Gastronomie – über das Hotelsterben bis hin zum Verlust hochqualitativer Veranstaltungen. Ein Casino für Vaduz stellt im Sinne einer Steigerung des Unterhaltungs-

angebots also durchaus eine gute Chance für den Standort Vaduz dar, in erster Linie im Hinblick auf die Steigerung der Tagestouristen. Die jahrelangen Erfahrungswerte aus Österreich und der Schweiz zeigen eindeutig, dass durch ein Casino die Nächtigungszahlen nicht nachhaltig positiv beeinflusst werden.

Aber – ein Casino kann nicht allein das Allheilmittel für die Vaduzer und damit der liechtensteinischen Misere sein. Das Casinoprojekt sollte als wertvoller Impuls für eine Neuausrichtung, vielleicht gar einen Neuanfang angesehen werden. Die Zahlen in der Tourismusentwicklung sprechen eine eindeutige, unmissverständliche Sprache: Der Städtetourismus ist derzeit das Segment, welches gute Wachstumszahlen verzeichnet. Und Vaduz kann hier nicht annähernd mithalten. Es sind dringend zusätzliche Massnahmen zu ergreifen, um Vaduz wieder auf Vordermann zu bringen, um zumindest wenigstens eine Chance zu haben, von diesen Trends profitieren zu können. Seien es neue Shopping-Angebote, ein Kongress- oder ein Kulturzentrum, international hochwertige Veranstaltungen – kurz ein Mix, der Vaduz aufblühen lässt. Hier ist die Politik im Bereich des Standortmarketings ebenso gefordert wie die Privatwirtschaft. Zum jetzigen Zeitpunkt ist in aller erster Linie eine ehrliche und schonungslose Betrachtung der Ist-Situation nötig: Die durchschnittliche Bettenbelegung der Liechtensteiner Hotels betrug 2010 ca. 29 Prozent, die Zimmerauslastung knapp über 40 Prozent. Damit wird klar: Für die viel zitierten fehlenden

400 Betten fehlt jegliche Nachfrage. Liechtenstein ist derzeit nicht reif für ein Grosshotel.

Aus dieser Perspektive betrachtet, überzeugt das Konzept des «Casinos Admiral Vaduz» als grössenverträglicher Lösungsansatz, der durch die gewählte Anzahl von 14 Hotelzimmern eine angemessene Ergänzung zu den übrigen Betrieben in Vaduz darstellt. Durch das angedachte Kooperationskonzept mit den bereits bestehenden Anbietern aus Hotellerie und Gastronomie und die grosszügig eingeplante finanzielle Unterstützung für künftige Verkaufstätigkeiten zur Gästegewinnung für den gesamten liechtensteinischen Tourismus wäre somit bereits vom Eröffnungstag an eine nachhaltige und zukunftsstrahlende Partnerschaft möglich, welche viel Spielraum für eine gesunde Weiterentwicklung der liechtensteinischen Angebotspalette auf touristischer Ebene bietet.

Wenn es in letzter Konsequenz aber wieder ausschliesslich um die Vergabe der Casino-Lizenz geht, und nur das ist die Aufgabe der Regierung, dann erscheint das von der «Casino Admiral Vaduz» entwickelte Partnerschaftsmodell als äusserst solide, transparent und tragfähig: Eine liechtensteinische Gesellschaft mit beträchtlicher Vorleistung durch die Bereitstellung der teuren Bauparcelle im Zentrum von Vaduz als Bodeneigentümerin und ein branchenerfahrener Weltkonzern als Betreibergesellschaft, welcher die Kontinuität und Finanzierungssicherheit nachhaltig gewährleistet. Vor allem letzteres Argument erscheint uns äusserst schlagkräftig.

LESERBRIEFE

Finanzplatz quo vadis? Treuhänder, wer bist du?

Wiederholt zitiere ich aus der «Roadmap 2015» des Bankenverbandes und aus der Stellungnahme der Treuhänder zur Abkommenspolitik der Regierung u. a.:

«... es zeigt sich immer mehr, als lasse die Regierung den Finanzplatz hinter sich»... «dies wird massive Konsequenzen haben». Das ist weder übertrieben, noch pathetisch. Nach Meinung des Grossteils der Treuhänder hat die Regierung in den Abkommen mit Deutschland versagt, der Markt Deutschland ist quasi verloren. Dieser Eindruck ergibt sich auch aus dem «Agenda 2020»-Bericht der Regierung. Die Treuhänder sind dort gar nicht mehr vorgesehen! Ferner wird der Wirtschaftsstandort mit «internationaler Steuerkonformität gestärkt»? (!) Das bestehende Businessmodell der Treuhänder, einfach Gesellschaften zu gründen und zu verwalten, gibt es im Programm der Regierung bis dann nicht mehr. Der Finanzplatz Liechtenstein stehe in einer «Transformationsphase» ... Er wird sich von den Geschäftsfeldern verabschieden müssen, die in der Vergangenheit besonders erfolgreich waren. Eine markante Marktkorrektur hat eingesetzt, die Neustrukturierung ist im Gange ...

Der Finanzplatz Liechtenstein verfügt aber aufgrund seiner Tradition und des vorhandenen Know-how weiterhin über comparative Vorteile, die genutzt werden können. Vom «taxhaven» zum «safe haven». Aber: in wesentlichen Handlungsfeldern fehlen die Treuhänder! Es wird nur erwähnt, dass man neue Geschäftsfelder für den Bankenplatz Liechtenstein schaffe. Ich wiederhole es: Wir haben den BRD-Markt verloren, wobei die Treuhänder von der Regierung wegen Druck und unter Deckung der Industrie verkohlt wurden. Eine solche Regierung wird die Treuhänder

töten. Man glaubt zu träumen: «Es gibt nur noch internationale Steuerkonformität».

Die wenigen Handlungsfelder, die die Regierung vorsieht, werden für den Finanzplatz nicht ausreichen, damit sich die Treuhänder den Herausforderungen erfolgreich stellen können. Die Erfolge der DBA/TIEA-Verhandlungen der Regierung zeigen ja auf, dass sie bei der «Sicherstellung der internationalen Steuerkonformität» kläglich versagte und dass sie die an neue Umstände anzupassenden Rahmenbedingungen im Inland nicht im selben Eiltempo änderte, mit dem sie ein Abkommen nach dem anderen durchzog. Ist das klar genug? Ein Bankenplatz ohne Treuhänder ist aber nicht denkbar. Hunderte von Treuhändern und Treuhandgesellschaften mit Zehntausenden von internationalen Beziehungen und Vertrauensverhältnissen, das bringt Geld ins Land. Wenn wir das schützen und wollen. Wenn nicht, ist FL nur noch ein «internationaler Fondsplatz» und Sitz internationaler Schiedsgerichte(?).

Die Agenda 2020 zeigt mit brutaler Deutlichkeit, dass die Regierung die Dienstleistungen der Treuhänder nicht akzeptiert. Sie verlangt, das «Geschäftsmodell» müsse sich ändern, ohne aber zu beschreiben, wie dies aussehen soll. Und das Schloss hat nichts Besseres gewusst, als sich von allen Schwarzgeldkunden zu distanzieren und sich von der eigenen Treuhandgesellschaft zu trennen. Die Regierung ist offensichtlich nicht willens oder nicht fähig, die internen Rahmenbedingungen schnell zu ändern und die Verhandlungsergebnisse mit dem Ausland zu verbessern. Das Stiftungsrecht macht bald keinen Sinn mehr (und wer hat sich da nicht alles hineingeknet – auch Dr. Tschüscher, Klaus!) Kommentare gibt es zuhauf (zu beachten ist der letzte von Dr. Wanger). Die Interessensvertretung muss schärfer geführt werden, sonst werden wir nichts mehr erreichen. Ja, verdammt noch mal! Ist das noch eine

Liechtensteiner Regierung? Gibt es denn noch liechtensteinisch denkende Beamte?

Dr. h.c. lic. iur. Walter Matt, Rechtsanwalt und Treuhänder, Werdenbergweg 11, Vaduz

Gedanken vom ältesten «Malbuner»

Heute möchte ich einmal den «Fürstlichen Liechtensteinern» die Frage stellen, ob wir uns nicht schämen müssen, dass 25 Auserkorene, die sogar unter einem Eid stehen, der auch gerichtlich Geltung hat, nichts Gesehieres vollbringen können, als sich stundenlang mit zwei ganz überflüssigen Gesetzesentwürfen zu befassen. Ich spreche hierbei zwei Themen an, die zwar ungleicher Wesenheit sind, aber beide von der Regierung dem Landtag unterbreitet worden sind, obwohl sie völlig überflüssig sind.

Zum einen geht es um das Partnerschaftsgesetz. Das Anliegen derer, die zu keiner vom Herrgott geschaffenen Eheverbindung von Mann und Frau und zur Zeugung von Kindern fähig sind, welche als Träger des gesamten Menschheit notwendig sind, überlassen wir gerne den Eheleuten, die kinderlos bleiben müssen. Wie das immer wieder der Fall ist, nehmen solche kinderlosen Eheleute Kinder an Gottes Stelle an. Auch ich habe die Tochter meiner Frau adoptiert, dies, um dem Herrgott auf diese Art etwas vom Arbeitseinkommen zu opfern. Ganz anders käme es heraus, wenn dem Partnerschaftsgesetz in der Volksabstimmung zum Durchbruch verholfen würde. Es liegt jetzt bei jedem Einzelnen, diesbezüglich eine Gewissensforschung zu betreiben. Bedenkt, dass die Eheleute, von denen Ihr abstammt, auch nicht sorglos drauflos leben konnten, denn eine Familie zu gründen, bedarf es einer grossen Ver-

antwortung. Bis die Kinder ausziehen, sind grosse Probleme zu bewältigen, dies fängt schon nach der Geburt an, ich denke da nur schon an die gestörten Schlafstunden. Wenn jedoch alles stimmt bei den Betroffenen, haben wir alle ganz sicher ehrliches Mitleid mit ihnen.

Zum Zweiten geht es um die Konzession für das Spielcasino. Ein Casino-Betrieb ist total unnötig und wird viele ins Verderben stürzen. Die Spielsüchtigen können schliesslich über den Rhein ausweichen. Bad Ragaz ist ganz in der Nähe. Der Landesfürst sagte mir vor längerer Zeit in einem Gespräch, dass es für die Spielsüchtigen von Vorteil wäre, wenn sie zum Spielen ins Ausland fahren müssten, weil sie dann wegen des Autofahrens nüchtern bleiben müssten. Diese Aussage kann ich nur unterstützen. Wenn man in Vaduz spielen kann, dann wird der eine in der Bierrunde zum anderen, der vielleicht auch schon ange-trunken ist, sagen: Komm, jetzt gehen wir noch ins Casino. Die Folge wird sein, dass Eltern und Grosseltern von den betroffenen Spielern angebettelt werden, für deren Spielschulden aufzukommen.

Da haben unsere «Gescheiten» zwei unnütze Gesetzesvorlagen verabschiedet. Hält ihr Eid auch vor ihrem Gewissen stand? Auch diejenigen Volksvertreter, die glauben, das Richtige getan zu haben, können morgen schon abberufen werden! Deshalb wurde in den alten Überlieferungen von «Toren» geschrieben. Das besagt: Wir sind hier nur für kurze Zeit, unsere Heimat ist eben die Ewigkeit. Wer nicht glaubt, ist schon gerichtet, und dies in alle Ewigkeit. Darum fällt das Wort, Ihr Toren! Liebe Leserinnen und Leser, denkt über meine Ausführungen nach. Wer mit Gott Verbindung aufnimmt, und dies ist für alle Gläubigen Pflicht, weiss, welches der richtige Weg ist.

Meinrad Ospelt, Malbun, Meinrads Bühlers Nachkomme

Veraltete Massnahme

Anbei ein Kommentar zu einem Artikel: Body-Mass-Index hält Einzug auf Zeugnissen malaysischer Schüler vom 18.04.2011.

Einerseits klingt der Bericht ja sehr gesundheitsorientiert, fortschrittlich und durchdacht. Bei näherem Hinschauen erweist sich die malaysische Massnahme als Unfug. Gerade Kinder, die besonders auf ihre Ernährung und ihre körperliche Fitness achten, haben einen höheren Body-Mass-Index (BMI). Dieser stellt ja die Körpergrösse zum Körpergewicht in Relation. Muskulöse Menschen haben einen hohen BMI, weil ihre Muskeln nun mal schwer sind. Der BMI kann nicht zwischen dicken (viel Körperfett) und gut trainierten, muskulösen Menschen (viel Muskelmasse) unterscheiden.

Die malaysische Massnahme ist meines Erachtens halberzig und veraltet. Leider ebenso wie nur allzu viele «wissenschaftliche» Arbeiten, die immer noch den BMI als Mass für dick oder dünn nehmen. Dabei wäre eine korrekt angelegte Massnahme doch so sinnvoll und nicht schwieriger, denn BIA-Geräte bestimmen zuverlässig das Körperfett und unterscheiden Fett von Muskeln. Sogar die ganz günstigen ISYtronic-Geräte, die kaum so viel kosten wie eine Personenwaage und den Fettgehalt des Körpers in Prozent angeben, wären wissenschaftlich sinnvoller.

Ich hoffe nur, dass an dem Tag, an dem unsere Regierung sich entschliesst etwas für die Gesundheit der Kinder und gegen das zunehmende Übergewichtproblem bei Schulkindern zu unternehmen, sie sich besser informiert. Hochachtungsvoll,

Dr. med. Roberto Va Calvo, Facharzt für Gynäkologie und Geburtshilfe, Spezialist für Ernährung, Im Schwibboga 7c, Bendern